



## Niederschrift

24. Plenarsitzung des Gemeinderates  
19. Mai 2026, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

## Punkt 7 der Tagesordnung: Mitgliedschaft Bündnis Verkehrswende in der Arbeitswelt Vorlage: 2026/0243

### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit den Beitritt zum Bündnis Verkehrswende in der Arbeitswelt.

### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (28 Ja, 17 Nein)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 8. Mai 2026.

**Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE):** Wir als Grüne begrüßen die Mitgliedschaft im Bündnis Verkehrswende in der Arbeitswelt ganz besonders. Es freut uns. Wir wollen noch ein paar Punkte dazu äußern. Sie haben wahrscheinlich gestern und heute der Presse entnommen, dass der Expertenrat für Klimafragen in seinem aktuellen Prüfbericht das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung kritisiert hat. Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, dass wir als Kommunen stark sind und uns da mit allen Bausteinen, die uns möglich sind, engagieren. Da steht klimafreundliche Mobilität und klimafreundliche Stadt.

Im Grunde genommen geht es ja darum, eine menschenfreundliche Stadt zu haben, sodass wir nicht unter extremen Klimaveränderungen leiden. Und dazu ist diese Mitgliedschaft ein Baustein unter vielen Bausteinen. Das wird die Welt nicht retten, aber es ist wichtig, damit das interne Mobilitätsmanagement, was wir ja geschaffen haben, die Chance hat, selbst angeregt zu werden durch ein Netzwerk und das, was wir selbst entwickelt und umgesetzt haben und auch evaluieren könnten, ein gutes Netzwerk einzubringen und darüber auch andere Kommunen zu motivieren, sich da auch zu beteiligen. Ein paar von uns waren ja gerade in Winnyzja in der Ukraine. Da haben wir sehr gelobt, wie wichtig der Austausch ist und dass Kommunen voneinander lernen, und wie wichtig es auch ist, dass Kommunen sich stärken, unabhängig werden und resilient sind. Und auch dafür ist das ein Baustein. Für eine resiliente Stadt brauchen wir eine menschenfreundliche Mobilität und eine Arbeitswelt, die den Schutz der Menschen in den Vordergrund stellt. Und noch ein letzter

Punkt: Wir brauchen auch Mitarbeitende in der Stadt. Und jetzt gucke ich nur auf den Arbeitgeber, die Stadtverwaltung, die überzeugt sind von ihrem Arbeitgeber, und zu signalisieren, dass wir mit dieser Verkehrswende in der Arbeitswelt wichtige Signale setzen, ist aus unserer Sicht auch eine Attraktivität als Arbeitgeber Stadt Karlsruhe.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Ich sage es mal so: Hätten wir diese Vorlage vor zwei, drei Jahren hier besprochen, dann gäbe es, glaube ich, keine große Debatte. Wahrscheinlich hätten wir als SPD-Fraktion wie Die Grünen jetzt gerade ein Loblied gesungen und hätten gesagt, wir machen da mit. Aber es sind ein bisschen andere Zeiten. Wir reden viel über Fokussierung. Wir reden davon, dass wir unsere Mitarbeitenden überlasten, Wiederbesetzungen sperren und Aufgabenkritik. Und jetzt diskutieren wir wieder über eine zusätzliche Aufgabe, die natürlich auf dem Papier erst mal kein Geld kostet. Aber wir wissen alle, die kostet Mühe und Arbeit, und die wird irgendeine Mitarbeiterin, irgendeinen Mitarbeiter garantiert belasten. Wir reden davon, dass wir unsere Aufgaben stärker fokussieren wollen. Und wir wissen, dass es Teil des Klimaschutzkonzeptes ist, aber wir haben sehr viele Konzepte in der Schublade. Wir haben viele Strategien, Ideen und Pläne. Und wir müssen uns, und wir bauen da stark auf ISEK, wirklich mal intensiv auch damit auseinandersetzen: Wo wollen wir denn eigentlich überall Spitze sein? Wir wollen überall vorne mit dabei sein. Auch bei diesem Thema wieder wollen wir Vorreiterin sein. Das ist toll. Das entspricht auch unserem Selbstverständnis. Aber trotzdem müssen wir anfangen, irgendwann zu priorisieren.

Jetzt kommt aber das große Aber. Herr Kollege, noch nicht zu früh klopfen. Am heutigen Tag wollen wir jetzt aber nicht ein Exempel statuieren. Denn dafür ist das Thema uns deutlich zu wichtig. Die Kollegin hat ja gerade schon ausgeführt, an wie vielen Stellen es für uns wichtig ist. Ich möchte den Fokus vor allem auch für uns, und da empfehle ich jetzt, auch der CDU und der FDP genau zuzuhören, als Wirtschaftsstandort den Punkt Wirtschaftsstandort unterstreichen. Wir sehen auch in der derzeitigen Haushaltslage, wie wichtig es ist, dass wir ein starker Wirtschaftsstandort in Karlsruhe sind und nachhaltige Mobilitätskonzepte, die den Mitarbeitenden in erster Linie entgegenkommen, das ist etwas, das extrem wichtig ist als Standort. Nicht für uns als Arbeitgeberin alleine, sondern auch für die ganzen Unternehmen in Karlsruhe. Wir wissen von vielen Unternehmen, wir haben es an vielen Stellen auch schon gehört, dass alle großen Unternehmen sich in diese Richtung entwickeln wollen. Und wir wollen da als Stadt Karlsruhe unseren Beitrag dazu leisten. Wir sind nicht die Einzigen, die das fordern, auch die Unternehmen fordern das, aber auch unsere Gewerkschaften fordern diese Konzepte. Und das ist für uns Grund genug, um heute hier mit gutem Gewissen zuzustimmen, trotzdem aber diese Fahne zu wehen und zu sagen, wir müssen trotzdem anfangen zu diskutieren, wann wir denn uns erlauben, Schippen draufzupacken, und wann wir es dann eben nicht tun. Heute ist die Entscheidung für uns getroffen, aber in Zukunft werden wir jede Frage, und möge sie noch so klein sein, wieder aufs Neue diskutieren.

**Stadtrat Schütz (CDU):** Lieber Kollege Dr. Huber, sehr stark gestartet, aber leider vor dem Tor dann doch versagt. Ich hoffe, beim Fußball stellen wir uns besser an. Die CDU-Fraktion begrüßt auch, und das wollen wir auch ganz deutlich sagen, die Maßnahmen der Stadt Karlsruhe im Bereich der internen Mobilität und dass wir uns das Ziel setzen, CO<sub>2</sub> einzusparen. Aber wir grenzen uns insbesondere auch von unserer ersten Rednerin davon ab, dass wir nicht alle Maßnahmen unternehmen müssen, sondern da halt, wo sie sinnvoll und geboten sind. Und deswegen tragen wir auch, sagen wir mal, Vorhaben, wie sie in der Vorlage genannt sind, wie beim TSK, batteriebetriebene Abfallsammelfahrzeuge zu

beschaffen, tragen wir mit. Aber wie gesagt, dort, wo es aus unserer Sicht sinnvoll ist. Und die Beschlussvorlage enthält zwar vordergründig jetzt eine kostenlose Mitgliedschaft und nur eben halbtägige oder halbjährige Aufenthalte bei den Tagungen. Aber es kann uns ja auch allen relativ klar sein, dass da im Nachgang auch das Fertigen von Konzepten, Nachbereitungen, Anfahrten und so weiter anfallen. Und in der momentanen Situation, der Herr Hubert hat sehr richtig gesagt, fragen wir uns schon, ob das die richtige Prioritätensetzung ist. Wir bekommen aus allen Ämtern und aus der Belegschaft mit, wie hoch der Druck steigt, wie stark auch um Personalressourcen gerungen wird und man die zusammenkratzen muss. Und jetzt wollen wir dann uns doch hier noch mal was Zusätzliches aufbürden. Diese Vorlage passt nicht in die Zeit. Und wie gesagt, sinnvoller Klimaschutz ist mit uns zu machen, aber dazu ist diese Mitgliedschaft nicht notwendig. Und deswegen werden wir die Vorlage entsprechend ablehnen.

**Stadtrat Stolz (AfD):** Wir lehnen den Beitritt der Stadt Karlsruhe zum Bündnis Verkehrswende in der Arbeitswelt ab. Nicht, weil wir grundsätzlich gegen sinnvolle Verbesserungen im Mobilitätsmanagement wären, aber viele Maßnahmen, die heute als große Errungenschaft verkauft werden, setzt die Stadt doch bereits selbst um. Jobticket, E-Fahrzeuge, Mobilitätsmanagement, Fahrradförderung oder Mobilitätsumfragen existieren längst. Die entscheidende Frage lautet daher: Welchen konkreten Mehrwert bringt dieses Bündnis überhaupt? Und genau darauf bleibt die Vorlage eine überzeugende Antwort schuldig. Stattdessen lesen wir viel über Vorreiterrolle, Vorbildfunktion und Außendarstellung. Das Bündnis verfolgt dabei eine klare politische Stoßrichtung. Weniger Individualverkehr, weniger Auto, mehr Lenkung des individuellen Mobilitätsverhaltens. Besonders kritisch sehen wir zum Beispiel die Aussagen zur Parkraumbewirtschaftung. Kostenloser Parkraum wird dort ausdrücklich als Problem betrachtet. Das ist ein Vorstoß gegen Arbeitnehmer, die auf das Auto angewiesen sind, gerade aus dem ländlichen Raum oder zum Beispiel im Schichtdienst. Wer heute Fachkräfte gewinnen und halten will, muss ein attraktiver Arbeitgeber sein. Dazu gehört auch eine realistische und alltagstaugliche Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes. Beschäftigte mit zusätzlichen Parkplatzgebühren oder ideologisch motivierter Verkehrslenkung zu belasten, ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Und auch wenn die Mitgliedschaft formal kostenfrei sein mag, die Maßnahmen, die aus solchen Netzwerken entstehen, sind es ganz sicher nicht. Karlsruhe braucht keine neuen Klima- und Verkehrsbündnisse für Symbolpolitik. Karlsruhe braucht funktionierende Infrastruktur, solide Finanzen und pragmatische Verkehrspolitik statt weiterer Umerziehungsprogramme.

**Stadtrat Gaukel (Volt):** Vielen Dank. Es wurde ja auch schon viel über Priorisierung und Co. gesprochen. Da sollten wir vielleicht auch in Gemeinderatssitzungen häufiger mal überlegen, wie die Priorisierung bei Debatten sind und über welche Themen wir wie lange sprechen. Weil wir reden hier am Ende von einer kostenfreien Maßnahme. Und ja, da steckt jetzt vielleicht dann Aufwand dahinter. Das ist natürlich immer so was. Aber wenn man sich dann überlegt, welche Maßnahmen hier dann doch auch durchgehen, über die geringer gesprochen wird, oder Sachen in deutlich größerem Volumen, die dann doch hier durchlaufen oder auch dann gerne mal vom Gemeinderat als zusätzliche Aufgaben der Verwaltung aufgebracht werden, dann muss ich mich dann doch wundern, dass wir dann doch eigentlich nach der ausreichenden Vorberatung im Ausschuss, wo es auch explizit der Wunsch der Dienststelle war, des Amtes war, das beizutreten, um ihre Aufgabe, die wir ihr ja gegeben haben, auszuführen. Also letztlich ist es hier nicht eine zusätzliche Aufgabe, die die Verwaltung bekommt, sondern die Verwaltung hat gesagt, wir haben hier einen Auftrag, wir würden diesen gerne so ausführen, weil es für uns ein Mehrwert bildet, und

möchte das nun gerne tun. Und jetzt das dann auf Sparvorschlägen, wir müssen gucken, wir müssen reduzieren, das dann ablehnen zu wollen, finde ich dann doch immer ein bisschen fragwürdig. Kurzum: Wir stehen hinter der Verkehrswende, hier ist eine gute Möglichkeit, dies voranzubringen, und gerade auch, und da kann man die Kritik machen bei irgendwelchen deutschen oder sonstigen Gremien, hier geht es ja darum, gerade auch vom Verkehrsministerium in Baden-Württemberg, dass es eben lokale, regionale Vernetzung schaffen kann, die dann auch wieder zu weiteren Projekten führen können, uns weiterhin attraktiv macht als Stadt für Unternehmen, aber auch für Arbeitnehmende. Von daher, hier spricht eigentlich nichts dagegen, und da entsprechen wir gerne dem Wunsch der Dienststelle, bei diesem Bündnis mitzumachen.

**Stadtrat Haug (KAL):** Grundsätzlich ist es gut, sich mit anderen Kommunen und gesellschaftlichen Akteuren zu vernetzen. Genauso richtig ist es, sich nicht zu verzetteln, sondern die Mitgliedschaften strategisch zu wählen. Außerdem sind bei Mitgliedschaften in der derzeitigen wirtschaftlichen Lage auch die finanziellen Auswirkungen zu beachten. Es ist also in jedem Einzelfall zu entscheiden: Passt das zu Karlsruhe? Hier geht es konkret um die Mitgliedschaft im Bündnis Verkehrswende in der Arbeitswelt. Wenn ich die bisherigen Mitglieder des Bündnisses anschau aus Wirtschaft und Verbänden, Bosch, SAP, DGB, ADAC, um nur einige zu nennen, ist das alleine schon hochinteressant, dass diese Akteure sich dem Ziel der Verkehrswende verschreiben und dabei auf Kommunen und speziell auf Karlsruhe zugehen. Die Ziele hinsichtlich der Klimaneutralität decken sich mit den Zielen Karlsruhes. Zur Zielerreichung ist neben dem Gebäudesektor oder der Ernährung die Verkehrswende ein entscheidender Punkt. Also die strategische Ausrichtung passt. Und die Kosten, die beschränken sich auf den Personalaufwand für die Teilnahme an halbjährlichen Treffen. Ich denke, man kann davon ausgehen, dass die betreffenden Mitarbeitenden einen Mehrwert aus diesen Treffen ziehen, der gegebenenfalls an anderer Stelle Arbeitszeit einspart, zum Beispiel etwaige weitere Recherchen im geringeren Umfang anfallen. Die KAL hält die Mitgliedschaft im Bündnis für eine gute Sache und stimmt der Vorlage zu.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Ich spreche für die FDP, für die Freien Wähler und für Karlsruhe. Herr Oberbürgermeister, ich vermute, Sie kennen das. Sie haben vor lauter Netzwerken keine Zeit, Ihre eigentliche Arbeit zu machen. Das kennen wir alle. Vor lauter Netzwerken sind wir oft nicht in der Lage, das, was auf dem Schreibtisch zuoberst liegt, zu bearbeiten. Aus diesem Grund ist zu überlegen: Ist es wirklich angesagt? Ich gebe Folgendes zu bedenken: Das Ziel soll es sein, voneinander zu lernen. Jetzt frage ich mich, da ist tatsächlich keine einzige andere Kommune dabei. Was wollen wir jetzt lernen? Normalerweise sagen sie uns immer, wenn man sogar von anderen Kommunen versucht zu lernen: Ja, das ist nicht übertragbar, das passt ja gar nicht zusammen. Die haben eine ganz andere Struktur. Und jetzt geht es um Firmen, Erkenntnisse von Firmen und Städten miteinander kompatibel zu machen. Das passt einfach nicht. Die Frage ist so zu diesem Halbtage. Ein halber Tag soll investiert werden. Da braucht es eine Vorbereitung, da braucht es eine Nachbereitung. Da muss kommuniziert werden innerhalb der Verwaltung. Das sind Kosten. Wenn man es überlegt, die Stadtverwaltung hat über 200 solche Bündnisse und Mitgliedschaften. Wie viele Stunden da in der gesamten Verwaltung draufgehen. Das ist ungeheuer viel. Und aus meiner Sicht addiert sich hier eine weitere dazu, die eben nicht den Effekt bringt, den wir eigentlich brauchen. Und ich behaupte, wir haben sehr viel Kommunikation mit anderen Städten. Und da wird über diese Frage schon diskutiert. Wir sind mit Freiburg in Kontakt, mit Mannheim, mit Stuttgart. Es ist einfach ein Zusätzliches, was wir nicht brauchen. Also ich bin begeisterter Netzwerker. Ich mag Netzwerk. Und das ist gut und wir brauchen das.

Aber an dieser Stelle muss ich klar sagen: nein. Auch wenn der Herr Huber einen anderen Schluss gezogen hat. Aber sein Argument war eigentlich für ein Nein. Deswegen an dieser Stelle ein dreifaches Nein von Freier Wähler, FDP und Für Karlsruhe.

**Stadtrat Cramer (KAL):** Ich verstehe jetzt den letzten Wortbeitrag nicht so richtig. Es ist doch insbesondere die FDP, die immer wieder darauf abhebt, wie wichtig es ist, als Stadt wie ein Konzern zu agieren. Und da sind jetzt Konzerne, die da sozusagen im Boot sind. Und da hätte ich jetzt von Ihnen, Herr Noé, erwartet, dass Sie mit großem Lob und mit großer Freude sagen: „Ja, endlich, endlich ist die Stadt, arbeitet sie wie ein Konzern.“ Sie kennen dazu meine Meinung. Aber Sie hätten doch ... Wir sind ein Konzern, jetzt arbeiten wir mit anderen Konzernen zusammen. Da können wir wirklich all das lernen. Von daher verstehe ich Ihre Ablehnung insbesondere nicht.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Lassen Sie mich drei Punkte sagen, warum ich Ihnen die Annahme empfehle. Ich war am Anfang auch erst skeptisch, weil wir ja uns mit großen Schmerzen aus manchen anderen Vereinen verabschiedet haben, wo wir von der Zielsetzung her eigentlich genau auf deren Linie liegen, wo wir dann aber gesagt haben, wegen der Mitgliedsbeiträge und einer nicht ausreichenden, sagen wir mal, eine ... Also die Mitgliedsbeiträge liegen über dem, was wir an Informationen und an sonstigen Konsequenzen positiv daraus abschöpfen. Oder wir haben schlichtweg gesagt, wir können es uns nicht mehr leisten. In diesem Fall macht es für mich dann schon auch eine, spielt es schon eine Rolle, dass es erst mal kostenfrei ist. Und wenn ein Amt sagt, das ist für uns und für Sie als auch konkrete Person im Rahmen Ihrer Aufgabe, die wir ihr ja übertragen haben, eine wichtige Netzwerkrunde oder eine wichtige Informationsquelle, dann würde man das vielleicht sonst über Fortbildungen oder so was kriegen. Das würde dann Geld kosten, das würden Sie nie bewilligen.

Also ich sehe da auch etwas, wo etwas bekommen wird, was jetzt, weil es eben die Mitgliedschaft ist, hier in den Gemeinderat kommt, was man, wenn man es auf anderen Wegen bekommen wollte, mitunter trotzdem machen kann, aber Sie da nicht um Zustimmung gebeten worden wären. Wir stehen sehr stark auch in der Erwartungshaltung, zum Beispiel dem DGB. Herr Dr. Huber hat das gesagt, dass wir jetzt endlich für die verschiedenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessere ÖPNV und sonstige Konzepte vorlegen, die vor allem auch die ganzen Gewerbegebiete einschließen. Und die Firmen stehen jetzt auch vor der Tür. Also ich kann Ihnen nennen, ich will sie nicht verraten, welche, aber eine der hier genannten Firmen stand schon bei mir im Büro und hat gesagt, sie hätten gerne einen Stadtbahnanschluss für ihre Firma, damit sie mehr Leute dort hinbekommen, was völlig unrealistisch ist aus verschiedenen Gründen. Und insofern, und das ist mein drittes Argument, wir können mit der Mitgliedschaft, da geht es aus meiner Sicht gar nicht so sehr darum, dass wir von den anderen Kommunen lernen können. Da bin ich bei Ihnen, das kriegen wir auch anders wahrscheinlich hin. Und im Moment sind wir auch die Einzigen. Nein, der große Vorteil ist, dass hier wichtige Firmen dabei sind und wir endlich eine übergeordnete Diskussionsplattform bekommen mit Firmen, die sagen, sie wollen sich selbst einbringen mit entsprechenden Konzepten. Und das entlastet uns in der innerlokalen Diskussion, weil wir sagen können: Die Vorschläge, die ihr bringt, die können wir nicht bezahlen, oder sie sind aus anderen Gründen unrealistisch. Aber wir sitzen in einem Arbeitskreis, wo andere Firmen uns Vorschläge machen. Und das können wir miteinander verknüpfen. Und wir haben dadurch eben auch die Möglichkeit, die Einstellung, die Haltung und auch die Unterstützung anderer Firmen für ihre jeweiligen Konzepte vor Ort überhaupt

kennenzulernen. Und darin sehe ich am Ende den großen Vorteil jetzt dieses Antrags. Und deswegen kann ich Ihnen das empfehlen. In anderen Fällen würde ich genauso sagen, das passt nicht zu dem, wie wir sonst mit solchen Mitgliedschaften im Moment umgehen.

**Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE):** Darf ich vielleicht einmal mal einen Punkt ergänzen, weil ich bin auch wirklich überrascht bei diesem Gegenwind, weil ich finde das Signal an die engagierten Mitarbeitenden in diesem Arbeitsfeld auch echt fatal. Also es geht ja nicht darum, dass die monatelang weg sind, sondern das sind irgendwie begrenzte Termine mit begrenztem Aufwand, mit keinen Kosten. Und wir sagen denen dann quasi: Wir können das beurteilen, das macht irgendwie nicht genug Sinn. Und ich finde die Botschaft auch irgendwie, also überhaupt nicht nachvollziehbar, muss ich sagen.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Ich möchte jetzt dieses Argument, was Sie aufbrachten hier zum Thema öffentlichen Nahverkehr, wo Firmen daran interessiert wären, dass sie bessere Anbindungen haben, doch mal ein bisschen beleuchten. Wir haben bei den Verkehrsbetrieben einen dicken Katalog von Dingen, die wir gerne machen würden, mit Ausbau von Straßenbahnlinien, Neubauten, andere Busverbindungen. Allein wir haben das Geld nicht. Und wenn Sie jetzt gesagt hätten, die Firmen, die da dabei sind, die wären auch da mal bereit, den Geldbeutel ein bisschen aufzumachen, dann würde ich mit Freuden dem zustimmen. Aber das wird natürlich nicht der Fall sein, sondern die kommen mit irgendwelchen Konzepten, die wir entweder selbst haben bei den Verkehrsbetrieben oder mit Leichtigkeit entwickeln könnten, wenn sich irgendwo ein konkreter Bedarf ergibt. Aber wir müssen im Augenblick froh sein, dass wir das Angebot, das wir haben, nicht noch weiter zurückstutzen müssen.

**Der Vorsitzende:** Wenn Sie recht haben sollten, dass da nur die Firmen hinkommen, die ihre Konzepte vorstellen und dafür sich loben lassen wollen, das können wir dann erfahren, wenn wir mal nach zwei Jahren nachfragen: Wie war es denn so? Dann würde ich Ihre Kritik verstehen. Ich glaube aber, die Firmen gehen dahin, weil sie genau ein eigenes Interesse haben, eine gute Lösung auch für ihre Mitarbeitenden bekommen und weil sie auch vor Ort von ihren Mitarbeitervertretungen unter Druck geraten und dann hier diese Netzwerkarbeit uns durchaus in einer offenen Diskussion auch viele Anregungen geben kann. Wir müssen genau die Erwartungshaltung, die Sie eben beschreiben, dass Firmen nämlich immer der Meinung sind, wir müssten alles für Sie tun, und die eigene Bereitschaft, durch vernünftige Konzepte auch sich da einzubringen, auch finanziell, genau diese Zwischenstufe fehlt. Und meine Erwartung ist, dass wir hier einen besseren Input bekommen und vor allem immer auch auf diesen Arbeitskreis verweisen können. Auch Firmen in Karlsruhe, die das wollen und die noch nicht Mitglied sind, kann man ja auffordern, kommt doch mal dazu, wird sicherlich auch mal so was wie einen Gaststatus geben. Also ich verspreche mir da schon eine bessere Kommunikation und ein vor allem auch konstruktiveres Miteinander im Finden von Lösungen. Möglicherweise gibt es aus diesem Arbeitskreis heraus auch mal die Forderung, dass der ÖPNV besser finanziert werden muss. Das würde uns an anderer Stelle auch helfen. Also ich sehe da Potenzial. Ob das eintritt, das werden wir abwarten. Und es gibt sicher die Möglichkeit, im zuständigen Fachausschuss auch mal darüber zu berichten, was da so geredet und was vor allem auch empfohlen wird. Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Annahme, vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
2. Juni 2026